

## Antrag an den Beirat Gröpelingen

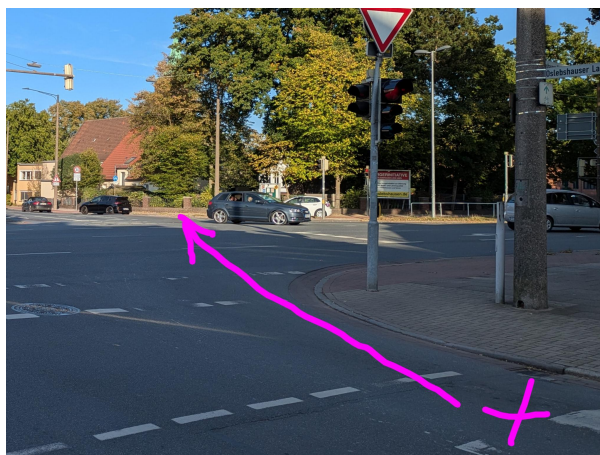
Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert das Amt für Straßen und Verkehr auf, die im Zuge der Sanierung des Radwegs an der Kreuzung Oslebshauser Heerstraße / Ritterhuder Heerstraße entfallene Bordsteinabsenkung für Radfahrer aus Richtung Oslebshauser Landstraße wieder herzustellen.

## Begründung

Weil für Radfahrer in der Oslebshauser Landstraße kein eigener Radweg existiert, fahren sie in Richtung Ritterhuder Heerstraße auf der Fahrbahn zusammen mit dem KFZ-Verkehr. Am Ende der Kreuzung steht dann zwar der sanierte Radweg zur Verfügung, dieser kann jedoch wegen der entfallenen Absenkung nicht direkt an der Kreuzung erreicht werden. Erst im weiteren Verlauf auf Höhe des Grünzugs West befindet sich eine Absenkung und ermöglicht das Verlassen der Fahrbahn auf den Radweg.

Durch das Verkehrszeichen 237 (Radweg) sind Radfahrer jedoch verpflichtet, den Radweg schon ab der Kreuzung zu benutzen (siehe Foto). In Zeiten hohen Verkehrsaufkommens kommt es in diesem Bereich häufig zu Staubildung. Es bedeutet für Radfahrer eine Gefahr, wenn sie im laufenden Verkehr absteigen müssen, um das Fahrrad über das Hochbord zu heben. Deshalb muss die Absenkung wieder hergestellt werden.



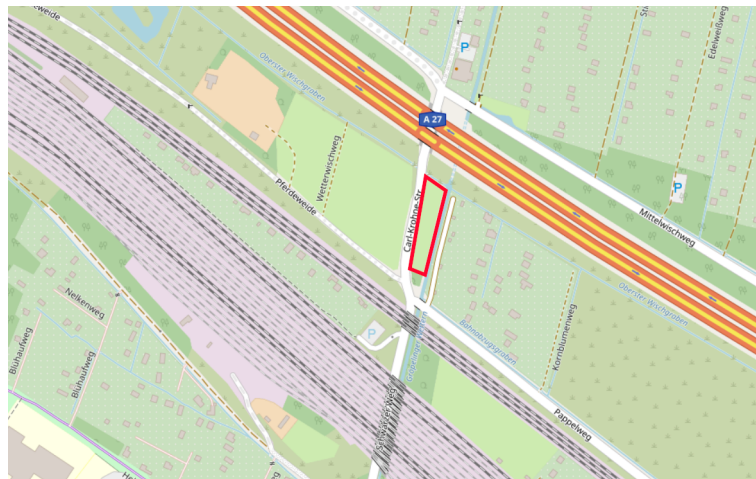
Mit freundlichen Grüßen

*Saupehalle*

## Antrag an den Beirat Gröpelingen

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert die senatorische Behörde für Umwelt auf, zu prüfen, ob sich die Fläche zwischen Carl-Krohne-Straße, Gröpelinger Wetter und Autobahn (siehe Karte) als Hundefreilauffläche eignet und diese bei positivem Ergebnis als solche auszubauen.



## Begründung

Im Stadtteil Gröpelingen existiert bislang keine Möglichkeit, Hunde frei laufen zu lassen. Die Flächen in Walle am Almata-Hochhaus und im Waller Park sind insbesondere für Hundebesitzer im Bereich Ohlenhof und Oslebshausen nur schwer zu erreichen. Deshalb ist die Einrichtung einer öffentlichen Hundefreilauffläche wünschenswert.

Auf der vorgeschlagenen Fläche befand sich für einige Jahre ein Trainingsplatz einer privaten Hundeschule. Diese hat diesen Platz jedoch aufgegeben und geräumt. Deshalb könnte dort jetzt leicht eine öffentliche Auslauffläche eingerichtet werden.

Mit freundlichen Grüßen

*Joseph Velle*

Bremen, den 16. September 2025

## **Berichtsantrag**

**Titel:** Entwicklung synthetischer Opioide und Auftreten von Fentanyl in Gröpelingen und Oslebshausen

### **Beschlussvorschlag:**

Der Fachausschuss Gesundheit, Sport, Kultur und Senioren empfiehlt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die zuständigen Ressorts/Behörden (u. a. Gesundheit, Inneres/Polizei, Sozialressort), das Gesundheitsamt, die Rechtsmedizin sowie Drogen- und Suchthilfeträger werden gebeten, dem Fachausschuss bis zur nächsten Sitzung einen schriftlichen und mündlichen Bericht vorzulegen zu

1. **Entwicklung der Nachweise synthetischer Opioide** in den vergangenen drei Jahren (rollierende 36 Monate), differenziert nach:
  - Art des Nachweises (polizeiliche Sicherstellungen/Laborbestätigungen, toxikologische Befunde in Kliniken/Rechtsmedizin, Rettungsdienstdaten, Dokumentationen der Suchthilfe, ggf. Abwasser-/Drug-Checking-Daten, sofern vorhanden),
  - Stoffgruppen (z. B. Fentanyl und Analoga, Nitazene, U-Opioide),
  - Art der Probe (Substanzfund, Blut/Urin, Rückstände, Mischproben),
  - Monatlicher Zeitreihe.
2. **Räumliche Zuordnung** der Nachweise zu den Stadtteilen **Gröpelingen** und **Oslebshausen** (möglichst kleinräumig, z. B. nach Stadtteil/PLZ), jeweils im Vergleich zur gesamtstädtischen Entwicklung.
3. **Auftreten von Fentanyl:** Angabe, **ab welchem Zeitraum** ein **erhöhtes Vorkommen** in Gröpelingen und Oslebshausen festzustellen ist (Monat/Jahr), inklusive:
  - Indikatoren (Anzahl/Labornachweis-Quote, Auffälligkeiten in Notaufnahmen, Rettungseinsätze wegen Opioidintoxikation, Naloxon-Gaben, drogenbedingte Todesfälle – jeweils, soweit rechtlich/statistisch möglich),
  - Einschätzung, ob es sich um ein punktuell, saisonales oder anhaltendes Phänomen handelt.

#### **4. Bewertung und Maßnahmen:**

- Kurzbewertung der Lage (z. B. Reinheit/Verfälschungen, Mischkonsum, Risikogruppen),
- Bereits eingeleitete bzw. geplante Maßnahmen (z. B. Naloxon-Verfügbarkeit/Schulungen, zielgruppenspezifische Prävention, Streetwork, ggf. Drug-Checking-Pilot, Informationsarbeit mit Einrichtungen vor Ort),
- Erforderliche Unterstützung auf Stadtteil-Ebene.

#### **Hinweise zur Datenerhebung:**

Bitte Definitionen offenlegen (z. B. „Nachweis“ = laborbestätigt vs. Schnelltest), Doppelzählungen vermeiden, Datenschutz beachten; wo nur Schätzungen/qualitative Hinweise möglich sind, diese kenntlich machen.

#### **Begründung:**

Aus der Praxis mehren sich Hinweise auf synthetische Opioide im Stadtgebiet. Für zielgenaue Prävention und Schadensminderung braucht der Ausschuss eine belastbare, kleinräumige Lageeinschätzung sowie eine Darstellung wirksamer Maßnahmen.

#### **Mit freundlichen Grüßen**

Ute Pesara, Norbert Holzapfel u. André Zeiger

CDU Beiratsfraktion Gröpelingen

Fachausschuss Gesundheit, Sport, Kultur u. Senioren



Bremen, 16.10.2025

Zur Vorlage auf der Sitzung des Beirats Gröpelingen am 29.10.2025

### **Einrichtung eines „Runden Tisches Szenetreff“**

#### **Der Beirat möge beschließen:**

Der Beirat Gröpelingen beschließt die Einrichtung eines „Runden Tisches Szenetreff“. Dieser soll sich quartalsweise treffen und folgende Akteure einbinden:

- Vertreter:innen der Anwohnerschaft,
- die Polizei,
- das Streetwork der ASH (Ambulante Suchthilfe Bremen ) und der Inneren Mission
- das Ortsamt West,
- sowie weitere bei Bedarf einzuladende Institutionen (z. B. Drogenhilfe, Jugendhilfe, Einzelhandel).

Der Runde Tisch soll dazu dienen,

- aktuelle Entwicklungen und Probleme rund um den Szenetreff an der Debstedter Straße zu benennen,
- Transparenz gegenüber der Nachbarschaft herzustellen,
- Maßnahmen zwischen den beteiligten Akteuren abzustimmen und zu koordinieren.

Der Beirat prüft gemeinsam mit den Akteuren der „Sicherheitspartnerschaft Gröpelingen“, in wie fern der Runde Tisch gegebenenfalls in die vorhandenen Strukturen eingebunden werden kann.

#### **Begründung:**

Die Situation im Umfeld des Szenetreffs an der Debstedter Straße ist zunehmend von Konflikten, Verunsicherung und Belastungen für die Nachbarschaft geprägt. Gleichzeitig besteht das Bedürfnis,

den Betroffenen vor Ort mit sozialer Hilfe und Prävention zu begegnen.  
Ein regelmäßiges Austausch- und Koordinierungsformat schafft Verbindlichkeit, stärkt das Vertrauen der Anwohner:innen und ermöglicht eine abgestimmte Reaktion auf aktuelle Herausforderungen.

Dieter Winge und die Fraktion die LINKE im Beirat Gröpelingen

**Antrag zur Fortschreibung der Integrierten Drogenhilfestrategie (IDHS) 2025–2027  
Zur Vorlage in der Sitzung des Beirats Gröpelingen am 29.10.2025**

**Bremen, 24.10.2025**

**Bezug:** Senatsvorlage „Integrierte Drogenhilfestrategie – Sachstand bisherige Maßnahmen 2024/25 sowie Weiterführung und Anpassung bestehender Hilfsangebote in 2026/27“ (Vorlage für die Sitzung des Bremer Senats am 28.10.2025)

**Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:**

Der Beirat Gröpelingen fordert den Senat der Freien Hansestadt Bremen auf, im Rahmen der Fortschreibung der Integrierten Drogenhilfestrategie (IDHS) für die Jahre 2026/27 folgende Maßnahmen sicherzustellen:

**1. Finanzierung und Umsetzung der geplanten Drogenhilfeeinrichtung in Gröpelingen.**

Der ursprünglich im Senatsbeschluss vom 12. Dezember 2023 vorgesehene Tagesaufenthalt als niedrigschwelliger Rückzugs- und Beratungsort für suchtkranke Menschen im Stadtteil Gröpelingen ist bislang nicht realisiert.

Der Beirat fordert, dass die hierfür vorgesehenen Mittel im Haushalt 2026/27 bereitgestellt und die Umsetzung zügig begonnen wird.

Der Standort soll in enger Abstimmung mit dem Beirat und den Trägern der Suchthilfe ausgewählt werden.

**2. Entwicklung einer quartiersspezifischen Präventionsstrategie für Gröpelingen.**

Angesichts der sozialen Struktur und der besonderen Belastung des Stadtteils durch Verdrängungseffekte der Drogenszene fordert der Beirat eine auf Gröpelingen zugeschnittene Präventionsstrategie.

Diese soll aufsuchende Jugendarbeit, schulische und außerschulische Prävention sowie muttersprachliche und interkulturelle Zugänge miteinander verbinden. Dafür sind entsprechende Personal- und Sachmittel im Rahmen der IDHS sicherzustellen.

Eine teilweise Zweckentfremdung der für Suchtprävention vorgesehenen Stellen – etwa für allgemeine schulische Programme – ist dabei auszuschließen.

**3. Bereitstellung der ursprünglich vorgesehenen Mittel für Wohn- und Betreuungsangebote.**

Im Beschluss von 2023 waren Notunterkünfte und eine Wohneinrichtung für bis zu 30 Personen mit Suchterkrankungen vorgesehen. Diese Maßnahmen tauchen in der aktuellen Fortschreibung der IDHS 2025/27 nicht mehr auf.

Der Beirat fordert, dass diese Wohn- und Betreuungsangebote wieder in den Maßnahmenplan aufgenommen und entsprechend finanziert werden.

#### 4. **Anteilig den Einsatz von Ordnungs- und Reinigungsdiensten auch in Gröpelingen sicherstellen.**

Der Beirat erwartet, dass die zusätzlichen Kapazitäten, die im Rahmen der IDHS für den Ordnungsdienst des Ordnungsamtes und für den Umweltbetrieb Bremen (UBB) bzw. die Bremer Stadtreinigung (DBS) geschaffen wurden, angemessen im Stadtteil Gröpelingen eingesetzt werden.

Gröpelingen ist – ähnlich wie die Innenstadt und die Neustadt – stark von Drogenkonsum im öffentlichen Raum und entsprechenden Verschmutzungen und Gefährdungen im öffentlichen Raum betroffen.

Eine faire Verteilung der Einsatzzeiten und Ressourcen ist notwendig, um die öffentliche Sauberkeit, Sicherheit und Akzeptanz der Hilfsangebote im Stadtteil zu gewährleisten.

### **Begründung**

Der Stadtteil Gröpelingen ist in besonderer Weise von den Folgen des Drogenkonsums im öffentlichen Raum betroffen. Die Verlagerung der Drogenszene aus dem Innenstadtbereich und die steigende Zahl von Menschen in schwierigen Lebenslagen führen zu einer dauerhaften Belastung des Stadtteils.

Die im Rahmen der Integrierten Drogenhilfestrategie 2023 beschlossenen Maßnahmen sollten dieser Entwicklung durch neue Tagesaufenthalte, zusätzliche Streetwork-Stellen, eine Stärkung der Prävention sowie Wohnangebote für Menschen mit Suchterkrankungen entgegenwirken.

Ein Teil dieser Maßnahmen wurde bisher nicht umgesetzt oder im aktuellen Senatsentwurf nicht mehr fortgeschrieben.

Zudem konzentrieren sich die ordnungs- und reinigungspolitischen Maßnahmen weiterhin auf die Innenstadt und den Bahnhofsbereich, obwohl auch in Gröpelingen sichtbare Auswirkungen des Drogenkonsums im öffentlichen Raum bestehen. Der Stadtteil benötigt daher eine **gleichwertige Berücksichtigung bei Reinigungs- und Ordnungseinsätzen**, um sowohl das Sicherheitsgefühl als auch die Akzeptanz von Hilfsangeboten zu stärken.

Für eine wirksame Drogenhilfestrategie im Stadtteil Gröpelingen ist ein **Kombinationsansatz aus Prävention, Hilfe, Wohnen und Ordnung** erforderlich.

Die Einrichtung eines Tagesaufenthaltes, die Entwicklung einer stadteilspezifischen Präventionsstrategie, die Wiederaufnahme der Wohnangebote und die gleichberechtigte Berücksichtigung bei Ordnungseinsätzen sind entscheidende Bausteine, um die Situation für Betroffene und Anwohner\*innen nachhaltig zu verbessern.

Der Beirat fordert daher die Bereitstellung der notwendigen Mittel im Haushalt 2026/27 und die enge Einbindung des Stadtteils Gröpelingen in die Umsetzung der Maßnahmen.

Der Beirat bittet die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, bis spätestens Herbst 2026 über den Umsetzungsstand der Maßnahmen in Gröpelingen zu berichten und die Planungen in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Beirat vorzustellen.

Dieter Winge und die Fraktion DIE LINKE im Beirat Gröpelingen

**Bremen, 29.10.2025**

**Stellungnahme des Beirats Gröpelingen zur Antwort der Senatskanzlei auf den Beiratsbeschluss zur Einführung eines Umwelt- und Sozialatlasses für Bremen vom 24.10.2025**

**An den Senator für Umwelt, Klima und Wissenschaft,  
an die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration,  
an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz,  
und an die Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen**

**Beschlussvorschlag für die Beiratssitzung am 29. Oktober 2025**

Der Beirat Gröpelingen nimmt die Antwort der Senatskanzlei auf seinen Beschluss zur Einführung eines Umwelt- und Sozialatlasses für Bremen mit Dank zur Kenntnis. Zugleich hält der Beirat fest, dass die Stellungnahme der Senatskanzlei das Anliegen des Beirats inhaltlich nicht aufgreift, sondern auf bereits bestehende Einzelmaßnahmen und Datenerhebungen verweist, ohne den Kern des Beiratsantrags – die systematische und öffentlich zugängliche Zusammenführung von Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsdaten – aufzugreifen.

**1. Zum Inhalt der Antwort**

Die Senatskanzlei bestätigt in ihrer Antwort ausdrücklich,

- dass in Stadtteilen mit hohen sozialen Belastungen auch gesundheitliche Risiken und geringere Lebenserwartung häufiger auftreten,
- und dass sich auch umweltbezogene Risiken über das Stadtgebiet ungleich verteilen.

Damit wird der zentrale Befund des Beirats Gröpelingen anerkannt. Gleichzeitig wird jedoch behauptet, es bestehe „kein Erkenntnisproblem“, und es sei daher nicht erforderlich, die Daten in einem Umwelt- und Sozialatlas zu bündeln.

Aus Sicht des Beirats Gröpelingen ist diese Einschätzung nicht zutreffend.

**2. Kein Erkenntnisproblem – aber ein Umsetzungsdefizit**

Richtig ist: Die einzelnen Daten liegen in verschiedenen Ressorts vor.

Falsch ist: Dass sie „gut im Zusammenhang betrachtet“ werden können.

Tatsächlich existiert kein integriertes, öffentlich zugängliches Instrument, das die Zusammenhänge von Umweltbelastung, Gesundheit und sozialer Lage kleinräumig sichtbar macht.

Ein solches Instrument ist jedoch Voraussetzung für gezielte, gerechte und überprüfbare Stadtentwicklungspolitik.

Es schafft die Datengrundlage dafür, Belastungsschwerpunkte zu identifizieren, Investitionen zu steuern, Beteiligung zu fördern und Transparenz herzustellen – und zwar über Ressortgrenzen



hinweg.

### **3. Transparenz ist selbst ein sozialpolitisches Ziel**

Die von der Senatskanzlei formulierte Auffassung, man müsse „die Situation konkret in den Stadtteilen verändern“ statt Daten zu bündeln, verkennt den Charakter des vorgeschlagenen Instruments.

Der Umwelt- und Sozialatlas soll nicht zusätzliche Erkenntnisse erzeugen, sondern bestehende Daten integrieren, visualisieren und öffentlich zugänglich machen.

Gerade durch Transparenz entstehen Handlungsdruck, Nachvollziehbarkeit und Beteiligungsmöglichkeiten – Voraussetzungen für soziale und gesundheitliche Verbesserungen.

### **4. Fehlende Integration der Ressorts**

Der Beirat stellt fest, dass die bestehenden Vorhaben – etwa das geplante Sozialmonitoring – derzeit isoliert innerhalb einzelner Ressorts geführt werden.

Eine ressortübergreifende Betrachtung, wie sie der Beirat fordert, findet bislang nicht statt.

Der Berliner Umweltatlas zeigt, dass die Zusammenführung vorhandener Daten technisch und organisatorisch möglich ist – und dass sie die Grundlage für zielgerichtete kommunale Maßnahmen bilden kann.

### **5. Politische Bedeutung**

Die Vermeidung sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit ist nicht allein eine Frage der „konkreten Maßnahmen“, sondern auch der strukturellen Steuerungsinstrumente.

Ein Umwelt- und Sozialatlas würde ungleiche Lebensbedingungen sichtbar und messbar machen – und damit politische Verantwortung präziser zuordnen.

Das liegt im Interesse einer sozial gerechten, transparenten und wissenschaftlich fundierten Stadtentwicklung.

### **6. Forderung**

Der Beirat Gröpelingen hält daher an seinem Beschluss fest und fordert den Senat erneut auf,

1. ein Konzept zur Entwicklung eines Umwelt- und Sozialatlases zu erarbeiten,
2. die bestehenden Datenbestände ressortübergreifend zu bündeln und
3. die Ergebnisse in einem öffentlich zugänglichen Online-Portal regelmäßig zu veröffentlichen.

Zudem regt der Beirat an, die Ergebnisse des geplanten Sozialmonitorings in dieses Konzept zu integrieren, um Doppelarbeit zu vermeiden und Synergien zu nutzen.

### **Begründung:**

Die gesundheitlichen und sozialen Belastungen in Stadtteilen wie Gröpelingen, Blumenthal, Hemelingen oder Tenever sind Ausdruck von Mehrfachbenachteiligung.

Nur eine transparente, kleinräumig auswertbare Datengrundlage ermöglicht es, Ressourcen gerecht zu verteilen und gezielte Maßnahmen zu ergreifen.

Der Beirat Gröpelingen sieht daher die Einführung eines Umwelt- und Sozialatlases als wichtigen Baustein einer sozial und ökologisch gerechten Stadtentwicklungspolitik in Bremen.

Dieter Winge und die Fraktion DIE LINKE im Beirat Gröpelingen

## **Anlage: Quellen und Dokumentation zum Nutzen des Berliner Umwelt- und Sozialatlas-Modells („Umweltgerechtigkeitsatlas Berlin“)**

(zur Stellungnahme des Beirats Gröpelingen vom 29. Oktober 2025)

---

1. **Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt Berlin (2024): Umweltgerechtigkeit in Berlin – Umweltatlas Mensch**  
<https://www.berlin.de/umweltatlas/mensch/umweltgerechtigkeit/>  
Der Atlas verknüpft Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsdaten kleinräumig, um ungleiche Umweltbelastungen sichtbar zu machen. Er dient der Integration von Umwelt-, Gesundheits- und Sozialbelangen in die Stadtentwicklung.
2. **Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2025): Neue Karten zur Umweltbelastung im Berliner Stadtgebiet**  
<https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/news/2025/umweltgerechtigkeit-berlin/>  
Aktuelle Luft-, Lärm- und Hitzedaten werden mit sozialen Indikatoren verknüpft. Der Atlas unterstützt evidenzbasierte Maßnahmenplanung und Gesundheitsförderung in belasteten Quartieren.
3. **Senatsverwaltung Berlin (2024): Methode des Umweltgerechtigkeitsatlas**  
<https://www.berlin.de/umweltatlas/mensch/umweltgerechtigkeit/2024/methode/>  
Beschreibt das Verfahren zur Bewertung von Umweltbelastungen und sozialer Benachteiligung auf Blockebene. Grundlage für zielgerichtete Maßnahmenplanung und -kontrolle.
4. **Senatsverwaltung Berlin (2024): Umweltatlas Berlin – Interaktives Kartenportal**  
<https://www.berlin.de/umweltatlas/>  
Umfasst über 95 Themen mit mehr als 500 Karten zu Umwelt, Klima, Lärm und Bevölkerung. Zentraler Informationsdienst für Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit.
5. **Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2022): Umweltgerechtigkeit in Berlin**  
<https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/news/2022/umweltgerechtigkeit>  
Dokumentiert die dauerhafte institutionelle Nutzung des Umweltgerechtigkeitsatlas als Steuerungsinstrument für sozial gerechte Stadtentwicklung.

### **Zusammenfassung:**

Der Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas zeigt, dass bestehende Verwaltungs- und Statistikdaten ohne neue Erhebungen integriert werden können. Das Instrument erhöht Transparenz, ermöglicht Beteiligung und dient als Grundlage gezielter Maßnahmen gegen Mehrfachbelastungen – ein Modell, das auch in Bremen umgesetzt werden kann.

### **Fußnoten**

1. SenMVKU Berlin (2024): *Umweltgerechtigkeit in Berlin – Umweltatlas Mensch*.
2. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2025): *Neue Karten zur Umweltbelastung im Berliner Stadtgebiet*.
3. SenMVKU Berlin (2024): *Methode des Umweltgerechtigkeitsatlas*.
4. SenMVKU Berlin (2024): *Umweltatlas Berlin – Interaktives Kartenportal*.
5. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2022): *Presseinformation: Umweltgerechtigkeit in Berlin*.